

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 4: Afrika im Umbruch

Artikel: Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika
Autor: Bielfeldt, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

le moins que l'on puisse dire, c'est que les fronts politique et militaire sont fluides. Le monde communiste y a marqué des points (RAU, Irak, Maroc, Guinée, etc...) mais il y a aussi subi des revers (par ex. au Congo). La lutte continue sur le plan politique.

Conclusion

Contrairement à une opinion encore trop répandue, nous sommes persuadés que la défense *globale* de l'Europe, face à une menace de l'Est, ne se fera pas uniquement le long du rideau de fer.

Son destin se jouera entre le Golfe Persique et l'Atlantique, principalement en Afrique et dans le Moyen-Orient. En d'autres mots, l'Afrique représente la position clef pour la défense de l'Europe occidentale et le Moyen-Orient, avec ses ressources, est essentiel pour la défense de l'Afrique. C'est la raison pour laquelle nous ne pouvons pas nous désintéresser de ces régions. Même la sécurité de la Suisse ne dépend plus d'événements se déroulant dans les territoires environnants mais dans des régions géographiquement lointaines. Il serait bon qu'un plus grand nombre de nos concitoyens en soient persuadés.

Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in Afrika

HANS BIELFELDT

Wer den Versuch unternimmt, den afrikanischen Kontinent, jenes natürliche Vorfeld des alten Europa, in seiner wirtschaftlichen Situation zu durchleuchten und auszuloten, muß sich darüber im klaren sein, daß er einer kaum überschaubaren Aufgabe gegenübersteht. Von dem arabischen Norden, von dem bunten Mosaik der westafrikanischen Staaten bis zu der von der Isolierung bedrohten Union des Südens stellt sich ein ganzer Katalog ökonomischer, politischer und sozialer Vorgänge, Stadien und Formationen, die zunächst nur der gemeinsame Name dieses Kontinents zu verbinden scheint. Will man trotzdem gewisse Gemeinsamkeiten ablesen, so ist folgendes festzuhalten: Der Anteil der Primärproduktion der meisten Länder an ihrer Gesamtproduktion ist ungewöhnlich

hoch. Die Monokultur ist das Charakteristikum dieser Volkswirtschaften. Im Gegensatz etwa zu Asien besteht noch keine akute Gefahr aus zu starker Bevölkerungszunahme. Die Produktionsfaktoren sind weitgehend immobil und genau so unvollkommen wie die Märkte. Ihre Abhängigkeit von der Exportquote und Ausfuhrintensität entscheidet darüber, ob der Grad der Armut und Rückständigkeit abnimmt oder weiter anwächst. Damit ist an das Abendland eine Herausforderung ergangen. Auf sie eine Antwort zu finden, gebietet allein schon die Klugheit, die das Chaos vor der Tür Europas nicht will. Die afrikanischen Führer und die junge Intelligenz wissen inzwischen, daß die neugewonnene Unabhängigkeit noch nicht identisch ist mit der Lösung dieser Schwierigkeiten, daß der Auszug der Weißen keineswegs automatisch durch den Einzug von Erfolg und Wohlstand, von Devisen und ausgeglichenen Handelsbilanzen abgelöst wird. Im Gegenteil, das Ende des Kolonialsystems und der Schritt in die Unabhängigkeit scheinen den Prozeß der wirtschaftlichen Entfaltung zu unterbrechen und zu verlangsamen. Es entsteht eine Pause, die dem Stillstand zumindest ähnelt. In ihrer politischen Ungeduld und in ihrem Wunsch, den Nutzen der soeben erhaltenen Souveränität sichtbar zu machen und den Rückstand im Zeitraffertempo aufzuholen, erwarten sie eine schnelle und wirksame Antwort. Damit ist die sinnvolle Eingliederung dieser Entwicklungsländer in eine weltwirtschaftliche Arbeitsteilung zu der Aufgabe geworden, die dem Abendland gestellt wird. Ihr Schwierigkeitsgrad und die zusätzliche Verschärfung durch den weltpolitischen Dualismus zwischen Ost und West sind in den einleitenden Worten von Herrn Minister Stopper überzeugend und eindringlich dargelegt. Rund 220 Millionen Afrikaner sind im Begriff, aus bisher fast unbeteiligten Zuschauern dieses Ringens schneller als von manchem erwartet zu mithandelnden Akteuren zu werden.

Unterschiedliche Finanzhilfen von Ost und West

Auf dem Feld der Anstrengungen, die von beiden Seiten unternommen werden, lassen sich drei Blöcke erkennen: Die Finanzhilfe, die Ausbildungshilfe und jene Maßnahmen der Handelspolitik, die durch das Schlagwort des «aid by trade» gerade in der jüngsten Zeit Gegenstand der öffentlichen Diskussion geworden sind. Scheinen sich die Bemühungen von Ost und West der Form nach zu gleichen, so sind ihr Inhalt und ihre Größenordnung um so unterschiedlicher. Bei einer Untersuchung der Finanzhilfen fällt der Unterschied zwischen dem pluralistischen System des Westens und der gezielten Schwerpunkt-Bildung des Ostblocks sofort ins Auge. Zeigt die Leistung des Westens ein verwirrendes Bild verlorener Zuschüsse, bilateraler und multilateraler Hilfe, von Infrastruktur-Maßnahmen, Exportgarantien und kaufmännisch fundierten Anleihen der Weltbank und der internationalen Großbanken, so be-

stand die Absicht des Ostens stets darin, nur dort mit finanziellen Mitteln einzuspringen, wo sich der politische Effekt mit dem wirtschaftlichen verbindet. Sein Versuch, Denkmäler zu errichten, die den Ruhm des Sozialismus verkünden, war offenbar nicht vergeblich. Bei Gesprächen mit afrikanischen Politikern wird deutlich, daß der gezielten Hilfe anscheinend eine größere Popularität zu eigen ist als der westlichen «Berieselung». Zieht man die Publikation heran, die soeben von dem Sowjetischen Staatskomitee für Auswärtige Wirtschaftsbeziehungen herausgegeben wurde, so entsteht in der Tat der Eindruck einer ungewöhnlichen Kraftanstrengung. In der *Vereinigten Arabischen Republik*, die für die Sowjets nicht nur die Bedeutung eines Schwerpunktes, sondern einer Bastion zu besitzen scheint, sind 90 landwirtschaftliche und industrielle Objekte geplant oder begonnen. Dazu gehören der Bau und Ausbau von Stautufen, die Einrichtung eines Wasserkraftwerkes von 2,1 Millionen Kilowatt, ein Bewässerungssystem für 840 000 ha, elf Maschinenfabriken, vier Erdölraffinerien, eine Schiffswerft sowie eine Hochschule. Für *Guinea* wird eine Reisfarm von 7000 ha genannt, der Bau eines Wasserkraftwerkes am Konkoure-Fluß, der Ausbau der Eisenbahnlinie Conakry–Mamu, ein polytechnisches Institut, Forschungen für die Gewinnung von Gold, Diamanten und Baustoffen, ein Sägewerk, ein Leder-Kombinat sowie eine Radiostation. *Mali* erhielt einen 40-Millionen-Rubel-Kredit für geologische Forschungen, für die Schiffbarmachung des Niger, für ein Stadion und die Projektion einer Eisenbahnlinie. Zwischen *Ghana* und der Sowjetunion besteht ein Wirtschaftsabkommen, das den Bau eines großen Wasserkraftwerkes am Volta-Fluß vorsieht. Fischverarbeitungsbetriebe sowie Reis- und Maisfarmen ergänzen das Programm.

Es wäre verfehlt, wollte man daraus den Schluß ziehen, daß der Westen nur Kleinarbeit geleistet habe, während er im stillen tätig war. Auch er kann sich auf Großprojekte berufen, aber das Gros seiner Arbeit erstreckt sich auf Objekte aller Größenordnungen und Gattungen. Es ist so verzweigt, daß sogar die Statistik bisher geschwiegen hat und auch heute noch keine exakten Zahlen nennen kann, die nur für den afrikanischen Kontinent gültig sind. Verständlicherweise kann man einem afrikanischen Politiker wenig imponieren, solange die von ihm vertretene Regierung nicht entscheidend an der westlichen Hilfe partizipiert hat. Er ist erstaunt, wenn er hört, daß die Gesamtleistung des Westens nach einer Berechnung der Development Assistance Group in den Jahren 1956—1959 für alle Entwicklungsländer zusammen rund 27 Milliarden Dollar betragen hat und damit etwa zehnmal so groß ist wie die des gesamten Ostblocks. In Kürze wird die DAG über Zahlen verfügen, die nach Empfangsländern gegliedert sind und eine Nachprüfung gestatten, ob die Relation von 10 : 1 auch für Afrika gilt. Die Ausleihungen der Weltbank und der internationalen Finanzinstitute haben zwar für Afrika einen Anteil von mehr als 15 oder 20% noch nicht ausweisen können. Dennoch ist die Vermutung begründet, daß die afrikanische Bilanz in ähnlichem Maße zu Gunsten des Westens

ausfällt, weil durch die bedeutenden direkten Leistungen vor allem Frankreichs und Großbritanniens gerade in diesem Kontinent ein Ausgleich geschah, der jetzt durch gemeinsame Anstrengungen der OECD, der DAG, der EWG usw. teilweise ersetzt, insgesamt aber übertroffen werden soll und muß.

Man sollte die Schwerpunktleistungen des Ostens an einzelne Länder dieses für ihn strategisch wichtigen Kontinents auf keinen Fall überschätzen. A la longue gesehen wird der Anschauungsunterricht der Tatsachen seine Wirkung nicht verfehlen, sondern die Maßstäbe zurechtrücken. Die Afrikaner werden lernen, daß die Medaillen des Ostens eine Kehrseite besitzen. Das gilt nicht nur für die Mammut-Denkmäler des Ostens, sondern vor allem für seine Geschäftspraktiken auf dem Gebiet des Warenaustausches, der Barter-Abkommen und der Übernahme ganzer Ernten. Die Erfahrungen, die einige der afrikanischen Länder bereits sammeln konnten, führten keineswegs nur zu angenehmen Gefühlen. Sie ließen vielmehr berechtigte Zweifel an der Modellfähigkeit der östlichen Praxis aufkommen. Man wird außerdem lernen, daß ein sowjetischer Kredit von 2,5 oder 3% nicht unbedingt billiger sein muß als ein Weltbankkredit zu 6%. Gestattet der letztere einen Einkauf in allen Ländern der Welt und zu frei gebildeten Preisen und Bedingungen, so ist der östliche Kredit an die Geberländer gebunden. Die Auswahl ist begrenzt und umfaßt oft genug nicht die benötigten Waren, die Preise sind von den gleichen staatlichen Instanzen errechnet und vorgeschrieben, die zuvor den billigen Zinssatz anboten. Eine Verrechnung des Zinses im Preise ist aber kaum als Geschenk zu bezeichnen.

Westliches Aktivum: Private Initiative

Zudem besitzt die westliche Finanzhilfe einen Aktivposten, der der östlichen völlig abgeht. Entwicklungshilfe besteht nicht nur in der Aushändigung von Schecks. Von gewissen Infrastruktur-Maßnahmen abgesehen ist der westliche Kredit mit der privaten Initiative und der privaten Investition verbunden. Sie kann Impulse vermitteln, die den öffentlichen Leistungen abgehen. Unternehmerisches Wissen und technisches know-how sind eine nicht zu überschätzende Beigabe. Das Rentabilitätsdenken führt zur Entstehung von Einkommen und Gewinnen. Der Privatbetrieb produziert nicht in den luftleeren Raum, um die Sorge des Absatzes der nächsten Instanz zu überlassen. Die Früchte seiner Arbeit sind in ganz Afrika zu finden. Der bedeutende Anteil der privaten Investitionskredite ist in der schon genannten Übersicht der DAG und der OECD errechnet worden. Diese Zahlen gelten ebenfalls nicht nur für den afrikanischen Erdteil, sondern für alle Entwicklungsländer zusammen. Danach haben die Industrieländer in den 4 Jahren von 1956—1959 insgesamt mehr als 6069 Millionen Dollar privat investiert. Die Liste der Geberländer wird von

den USA mit 3376 Millionen Dollar angeführt. Es folgen Großbritannien mit 1065, Frankreich mit 850, die Bundesrepublik mit 196, Belgien mit 128 und die Schweiz mit 98. Die privaten Exportkredite erreichten eine Größenordnung von schätzungsweise 1360 Millionen Dollar. Hier liegt die Bundesrepublik Deutschland mit 790 Millionen Dollar an der Spitze. Die von den Industrienationen in den Entwicklungsländern reinvestierten Gewinne erreichen die Summe von 3659 Millionen Dollar. Hier liegt eine Leistung des Westens vor, die man auf der östlichen Seite vergeblich suchen wird. Ihr Wert und ihre Dynamik gehen sicher über die Bedeutung bloßer Zahlen hinaus. Freilich bedarf die private Investition eines gewissen Schutzes, wenn die Kapitalien auch in Zukunft den Weg über die Landesgrenzen finden sollen. In den letzten Jahren war dieser Weg von bitteren Erfahrungen begleitet. Die Kapitalflucht aus einigen afrikanischen Ländern macht jeden Kommentar überflüssig. Die Führer der jungen afrikanischen Länder sollten gemeinsam mit den Europäern Überlegungen anstellen, wie der Grundsatz des «pacta sunt servanda» realisiert werden kann. Wenn die Kapitalflucht beendet werden und der Strom aus den Geberländern nicht versiegen soll, muß ein System des Schutzes, eine «Charta» der Sicherheit, statuiert werden, die für den Fall der Enteignung eine sofortige und angemessene Entschädigung vorsieht und den Ausländer und sein Vermögen vor der Diskriminierung schützt. Bisher haben die wiederholten Bemühungen nur in seltenen Ausnahmefällen zu brauchbaren Ergebnissen geführt.

Entwicklungshilfe bei der Ausbildung

Die Verzahnung wirtschaftlicher und kaufmännischer Impulse lenkt den Blick auf einen anderen Aspekt, den der menschlichen Ausbildungshilfe. Nach Tausenden zählen die Praktikanten allein in der Bundesrepublik. Die Sowjets unterhalten heute über 40 Ausbildungszentren, in denen junge Ingenieure und Lehrer aus Entwicklungsländern herangebildet werden. Die Bekanntschaft mit der modernen Industriegesellschaft und ihren verschiedenartigen Wirtschaftssystemen prägt Auffassungen und Urteile, die nach der Rückkehr der Praktikanten nicht ohne Wirkung bleiben können. Die Sowjets kennen keine technische Ausbildung ohne die gleichzeitige politische Schulung. Ob der Anschauungsunterricht der Tatsachen, mit denen sich der Westen begnügt, ausreicht, wird die Zukunft zeigen.

Die Intelligenz und das geistige Niveau eines hohen Prozentsatzes der Praktikanten aus den Entwicklungsländern werfen die Frage auf, ob die Schulung einer relativ kleinen Schicht von Intellektuellen oder hochqualifizierten Fachkräften den Erfordernissen des Heimatlandes gerecht wird. Wenn die Erfahrungen und Beobachtungen der Bundesrepublik Deutschland auch

andernorts zutreffen, so fällt auf, daß der mittlere Rang des Praktikanten nur selten oder gar nicht anzutreffen ist. Nach dem deutschen Sprachgebrauch wäre dabei etwa an den zum Fachingenieur oder zum Industriemeister Auszubildenden zu denken. Man hat darauf geantwortet, daß der Auslandsaufenthalt dem Spezialisten vorbehalten sein muß, weil die Schulung der großen Masse von mittleren Kräften in Europa kostenmäßig nicht tragbar erscheine. Ihre Ausbildung müsse deshalb im Heimatland selbst vor sich gehen, wobei die erforderliche Assistenz weißer Lehrer und Ausbilder genüge. Der Unbefangene kann sich nicht eines gewissen Zweifels an dieser Begründung erwehren, wenn er beobachtet, wie hoch die Erwartungen gespannt sind, mit denen der überseeische Praktikant den europäischen Boden betritt und wie bereitwillig man ihm bei Betriebsbesichtigungen modernste und rationellste Großbetriebe vorführt, die sich auf dessen heimatliche Verhältnisse nicht übertragen lassen. Großbetriebe und Industriedenkmäler mögen das politische Prestigebedürfnis in Afrika befriedigen, nicht aber die Bedürfnisse eines Kontinents, dessen Bevölkerung — zu 80—85% aus Analphabeten bestehend — systematisch auf den Weg der Ergänzung ihrer Primärproduktion wie der Beseitigung ihrer Monokulturen gebracht werden muß. Neben der zum Teil bereits vorhandenen Erstbearbeitung oder Erstverarbeitung agrarischer oder mineralogischer Landesprodukte dienen kleine Gewerbebetriebe am ehesten dem vernünftigen Ziele einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur. Schließlich benötigte auch Europa für den Weg zu seiner jetzigen Industrialisierung rund 1½ Jahrhunderte. Inzwischen wachsen der Bedarf und der Mangel an Führungskräften für kleine und mittlere Betriebe in den Entwicklungsländern weiter an. Es ist durchaus möglich, daß die Gründe für diese Divergenz zum Teil psychologischer Natur sind. Manche emanzipierten Afrikaner mögen den Wert einer manuellen Arbeit niedrig schätzen, weil ihre Vorbilder, die Europäer draußen, in der Regel nicht körperlich arbeiten. Eine Korrektur dieser Auffassungen könnte auch eine Aufgabe der Schulung sein. Ebenso ist zu hoffen, daß weder der falsche Ehrgeiz einzelner afrikanischer Führer noch fehlgeleitete Aktivität westlicher «Entwicklungshelfer» (oder gar Geschäftemacher) zu Walzwerken im Busch führen werden, während ein echter Bedarf an einfachen Konsumgütern, die im Lande hergestellt werden könnten, ungedeckt bliebe.

In diesen Zusammenhang gehört schließlich die Frage, ob der Westen mit seiner Finanz- und Bildungshilfe auch die marktwirtschaftlichen Rezepte mitliefern soll. Viele Afrikaner besitzen ein deutliches Mißtrauen gegen jene liberalen Ordnungsprinzipien, wie zum Beispiel den Preismechanismus, mit denen sie nach ihrer Meinung bei dem Absatz ihrer Produkte oftmals betrübliche Erfahrungen machen mußten. Das Prinzip des frei gebildeten Marktpreises erscheint ihnen oftmals geradezu als Mittel der Ausbeutung. Aus der dörflichen, autoritär regierten Gemeinschaft stammend, steht ihnen die genossenschaftliche Betriebsform von Hause aus näher als unternehmerische Privatinitiative

und eine weitgehende Arbeitsteilung nach westlichem Muster. Auf der Suche nach einem eigenen Weg, der vielleicht auf der Mitte zwischen Lenkung und Freiheit liegt, müßte der Westen helfen, die optimale Lösung zu finden, und zwar auch dann, wenn sie undoktrinär sein sollte.

Handelspolitische Probleme

Undoktrinär müssen auch die Akzente einer zukünftigen Handelspolitik im Rahmen der Entwicklungshilfe gesetzt werden. Gerade dieser Fragenkomplex, nämlich die Hilfe über die Handelspolitik hat die öffentliche europäische Meinung in letzter Zeit stark beschäftigt. Sie läßt sich durch die Stichworte «Zollpräferenzen», «Stabilisierung der Rohstoffpreise» oder «Abnahmegarantien» umreißen. Die Präferenzierung stammt aus dem Repertoire des britischen Commonwealth und der französischen Communauté. In Afrika bestehen diese beiden Präferenzräume seit langem nebeneinander. Die EWG-Partner haben sich in den römischen Verträgen verpflichtet, die Zölle für Waren aus den mit der Gemeinschaft assoziierten früheren Kolonien Frankreichs, Belgiens und Italiens in der gleichen Weise abzubauen wie die EWG-Binnenzölle. Das geschah zu einer Zeit, als die Assoziierten noch nicht die Unabhängigkeit besaßen. Ob die Verpflichtung damit überholt ist, scheint nur noch eine Frage von juristischer Bedeutung zu sein. Mit Ausnahme von Guinea haben alle ehemals französischen Gebiete den Wunsch nach einer Aufrechterhaltung der Assoziierung bekundet. Ihnen erscheint eine solche Angliederung ohne institutionalisierte Vorteile wertlos. Frankreich, das ursprünglich zögerte, ist heute entschlossen, die Verbindung seiner Assoziierten mit dem EWG-Raum zu stärken, und die Kommission in Brüssel ist sich ihrer Verantwortung als Mitträgerin der kolonialen Erbschaft durchaus bewußt. Die Statistiker aus Brüssel haben erst vor kurzem errechnet, daß die EWG allein einen Drittel des Weltrohstoffhandels auf sich zieht. Etwa 90 Entwicklungsländer der freien Welt exportierten fast 40% ihrer Waren in die EWG, während auf die USA 12% und die Sowjetunion nur 2,2% entfallen. Diese Größenordnung demonstriert indessen nicht nur die Bedeutung der EWG, sondern sie zeigt auch die Grenzen und Schwächen eines Präferenzierungssystems auf, das nur einer bestimmten Region zugute kommen würde. Soll etwa nur der Raum der EWG-Assoziierten präferenziert werden? Sollen die Entwicklungsländer Südamerikas und Asiens, soll das übrige Afrika vor der Barriere eines gemeinsamen Außenzolls stehen und diskriminiert werden? Selbst wenn sich EWG und EFTA zumindest außerhalb ihrer Landesgrenzen einigen und zu einer gemeinsamen Konzeption finden würden, wäre ein Teil der Entwicklungsländer von dem Nutzen der Präferenzierung noch immer ausgeschlossen. Der Zündstoff, der sich in dieser Problematik verbirgt, erklärt das Zögern einiger EWG-Partner, eine Begün-

stigung einzuführen, die zu Lasten der anderen geht. Die Russen kennen diese Sorge nicht. Da sie außerhalb des COMECON-Raumes nur wenige oder keine Freunde besitzen, sind sie der Gefahr enthoben, einen Teil davon durch eine unterschiedliche Behandlung zu verlieren.

Von der Rohstoffpreis-Stabilisierung zur Marktfähigkeit

In den Vordergrund der öffentlichen Diskussion scheinen sich inzwischen jene Bemühungen zu schieben, die auf eine Stabilisierung der Rohstoffpreise abzielen. Ein hoher Prozentsatz der afrikanischen Produktion ist landwirtschaftlicher Natur. Die Ausfuhr Senegals besteht zu 96% aus Erdnüssen, die von Niger und Mali zu 85%. Kaffee und Kakao bestimmen an der Elfenbeinküste zu 83% den Export, und die Holzexporte Gabuns erreichen 84% der Ausfuhr. In einer Statistik der UNO lesen die Afrikaner, daß die Entwicklungsländer durch das Sinken der Rohstoffpreise jährlich um 2 Milliarden Dollar ärmer werden und daß ein großer Teil der Finanzhilfe des Westens auf diese Weise eskomptiert werde. Nach einer anderen Berechnung betrug die Rohstoffausfuhr der Entwicklungsländer im Jahre 1958 rund 25 Milliarden Dollar, von denen 20% oder 5 Milliarden durch Preisverfall verlorengegangen sein sollen. Selbst wenn man die Richtigkeit dieser Berechnung anzweifelt, so ist nicht zu leugnen, daß die Monokulturen bei Preisschwankungen einem ungewöhnlichen Risiko ausgesetzt sind. Offenbar beabsichtigt die EWG-Kommission, aus den Erfahrungen mit dem britischen und dem französischen Stabilisierungssystem Vorschläge für die Bildung von Ausgleichskassen neuerer Art zu machen. Die britischen Marketing Boards garantieren dem Produzenten einen Ablieferungspreis für seine Ernte, der wesentlich unter dem Weltmarktpreis liegt, und zwar im Minimalfalle bei etwa einem Drittel. Die zumeist erhebliche Marge zwischen dem Ein- und dem Verkaufspreis wird für etwaige Ausgleichszahlungen bei Preiseinbrüchen am Weltmarkt und für Kulturverbesserungen in den Anbaugebieten benutzt. Damit haben sich die Marketing Boards bisher um eine gewisse Preisstabilisierung bemüht, nicht jedoch eine Abnahmegarantie gegeben. Die mit ihnen zugleich beabsichtigte Einwirkung auf die Qualität der Erzeugnisse hat nicht immer den gewünschten Effekt erzielt. Bei der Prüfung der Anwendbarkeit dieses Verfahrens sollte man nicht übersehen, daß die Marketing Boards in ihrem 20jährigen Bestehen nur bei einzelnen Artikeln funktioniert haben, nämlich bei denjenigen, für die ein Weltmarkt in London gegeben war. Die französischen Caisses de Stabilisation garantieren praktisch Erzeugerhöchstpreise, daneben aber vor allem die Abnahme durch das Mutterland. Auch dieses Verfahren ist bisher nur für einzelne Artikel und Gebiete praktiziert worden. Es ließ einen privaten Aufkauf der Erzeugung zu, beschränkte aber praktisch den Wettbewerb darin durch administrative Maß-

nahmen der Verwaltung sowie durch geringe Margen zwischen Einkaufs- und Ablieferungspreisen. Soweit Gewinne erzielbar waren, wurden sie für Ausgleichs- und Kulturverbesserungszwecke verwendet. Der Erfolg dieses französischen Systems kann nicht unbedingt zu einer Übernahme anreizen. Infolge der hohen Preise, die man den Erzeugern garantierte und die gelegentlich sogar über den Weltmarktpreisen lagen, entstand eine Überproduktion, unter Vernachlässigung der Qualität. In einem dirigistischen Verfahren mußte die französische Wirtschaft im Mutterland diese Produkte aufnehmen, ohne damit zusätzliche staatliche Subventionen verhindern zu können.

Der Augenblick scheint noch verfrüht, um Näheres darüber zu sagen, wie weit sich die Konstruktion der EWG an diese Erfahrungen anlehnen wird. Unabhängig von ihrer endgültigen Form steht jedoch fest, daß keine Stabilisierung der Preise zur Ermutigung der Überproduktion führen darf oder zu der Erzeugung von Waren, die qualitativ nicht abzusetzen sind. Deshalb wird jeder Zuschuß zur Preisstützung nur dann sinnvoll sein, wenn die Marktfähigkeit der Ware angestrebt wird und der Zuschuß selbst ausschließlich dem Erzeugerland zugute kommt, das die Wirtschaftlichkeit und Marktfähigkeit seiner Ware weiter verbessert. Die Preisstützung darf außerdem nicht zur Verewigung der Monokulturen führen und damit die Industrialisierung oder zumindest die Halbindustrialisierung der Entwicklungsländer auf die lange Bank schieben. Selbst wenn deren Industrieerzeugnisse auf den internationalen Märkten noch nicht konkurrieren können, würden sie doch zur Versorgung des einheimischen Marktes beitragen und die Devisenbilanz entlasten können. Die Vielschichtigkeit des gesamten Komplexes wird nur am gemeinsamen Tisch im Geiste der Partnerschaft zu lösen sein. Walter Scheel, der Präsident des Europäischen Ausschusses für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, hat wiederholt an den Colombo-Plan erinnert, an jene Institution, die ihre Bewährungsprobe auf dem Feld der Entwicklungshilfe bestanden hat. So ist der Gedanke an einen *afrikanischen Colombo-Plan* entstanden, in dem Geber und Empfänger das ganze Instrumentarium der Entwicklungshilfe miteinander abstimmen und in einzelne Rollen aufteilen. In einer Formation dieser Art wäre Platz für einen multilateralen Sicherheitsschutz, für zweckgebundene und freie Kredite, für den Erfahrungsaustausch und den Austausch der Waren. Sogar der Regionalismus hätte hier eine Chance, wenn auf den Seiten beider Partnerparteien jedes afrikanische und westliche Land Zutritt hat, das zur echten Zusammenarbeit bereit ist.

Der Zeitschrift liegt eine neue Afrika-Karte bei, die nicht nur die politischen Grenzen enthält, sondern die zur Zeit diskutierten wirtschaftlichen Großobjekte.